Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 10. August 1926
Dienstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979–5990. Postscheck Berlin Nr. 107941. Das „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Weltverkehr * 1923 im Bilde

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. für 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
10. 8. a
Nr. 369
10 Pfennig

Zum Tage

Einen Beitrag zu dem augenblicklich sehr aktuellen Problem der Abrüstung bildet das soeben bekanntgegebene Budget des Irak für das Finanzjahr 1926/1927. Das Budget dieses englischen Mandatsgebietes ist in indischer Währung aufgestellt und zeigt eine geschätzte Einnahme von 55 171 000 Rs. bei einer Gesamtausgabe von 4 962 620 Rs., so daß ein Ueberschuß von 209 280 Rs. erwartet wird. Unter den wichtigsten Ausgabeposten befinden sich folgende: 14,6 Millionen für Landesverteidigung, 7,8 Millionen für Polizei, 3,8 Millionen für öffentliche Anlagen, 3,1 Millionen für Bewässerungen, 3,7 Millionen für Schuldendienst und Pensionen, einschließlich des Anteils an der alten ottomanischen Schuld, 2,5 Millionen für Unterricht, 2,2 Millionen für Gesundheitswesen, 893 800 für die Zivilliste des Königs, 618 480 für Ausgaben des Parlaments, 156 010 für das Kabinett und ganze 626 900 für Landwirtschaft. Die britische Regierung hat außerdem eine Summe von 1,8 Millionen garantiert, die zum Ausbau der Hafenanlage verwendet werden soll. Jedenfalls ergeben die einzelnen Posten des Budgets, daß über ein Viertel der gesamten Ausgaben allein für die Verteidigung der gesamten Ausgaben für Aufrechterhaltung des Landes, Verwendung findet, während nur sehr bescheidene Summen dem eigentlichen Aufbau des Landes für Bewässerung, Erziehung und Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. England genügt jedoch diese militärische Anstrengung noch nicht, da es von sich aus im Irak acht Flugzeuggeschwader und mehrere motorisierte Kolonnen-Truppen, die zumeist aus Indien stammen, unterhält. Der Irak galt bisher schon als meistbesteuertes Land des Nahen Ostens. Während man sich in Genf über Abrüstungsfragen unterhält, werden ihm neue große Ausgaben für seine Rüstung auferlegt.

*

Eine interessante Vergleichsmöglichkeit zwischen der innerpolitischen Haltung der französischen und der deutschen Bischöfe bietet sich gegenwärtig dar. Vor nicht allzu langer Zeit hoffte man in Frankreich noch, den Kranken ihre brutalsten Maßnahmen stützen zu können, die jetzt im Bericht der Sachverständigenkommission vorgeschlagen wurden. Damals tauchte auch der Vorschlag auf, freiwillige Beisteuerung auf. Für die einzelnen Departements wurden Komitees errichtet, denen u. a. die Aufgabe zufiel, den Gedanken der freiwilligen Weltersteuerung zu propagieren. Man wandte sich an die Bischöfe und bat sie, teilweise auch mit Erfolg. Gailland aber, der Bischof von Grenoble, lehnte eine Beteiligung an dem Komitee ab und erklärte, man hätten außer den allgemeinen Abgaben Beiträge aufzubringen für Kirchensteuern, für den Unterhalt der Pfarrhäuser, der Seminarien und freien Schulen. Wenn jetzt Abgaben, die seinen lediglich infolge der Laiengesetze entstanden. „Unter diesen Umständen", schrieb der Bischof, „erkenne ich mir nicht das Recht zu, die Katholiken zur freiwilligen Abgabe zu verpflichten oder sie dazu zu ermutigen, indem ich meinen Namen für das Komitee hergebe." Hurault, Bischof von Viviers, war anfangs dem Komitee beigetreten, gab aber später seine Zustimmung mit dem Hinweis, die Katholiken seiner Diözese würden von amtlichen Stellen schlecht behandelt. Der Bischof von Cahors, Grimi, schrieb nicht für seine Person den Beitritt zum Komitee ab, sondern empfahl auch den Priestern seiner Diözese, fernzubleiben. Die Liga für die Rechte der Ordensleute, die im Gegensatz zu Gailland, der Erklärung: „Wir werden uns nicht eher an einer freiwilligen Abgabe beteiligen, als bis man unseren Ordensgenossen das gleiche Recht, sich zusammenzuschließen, eingeräumt hat, wie den Juden und Unterricht zu erteilen, zuerkennt, wie es alle anderen Mitbürger auch besitzen." Eigenartig berührt es, daß das Signal für die ablehnende Haltung gegeben wurde von dem Bischof Ruch, der auf Betreiben Clemenceaus bald nach Kriegsende an die Stelle des deutschen Bischofs Dr. Fritzen in Straßburg trat. Unwillkürlich denkt man in diesen Zusammenhang an die Stellungnahme des deutschen Bischofs zum Volksentscheid. Es ist kein Geheimnis, daß manche Katholiken, wenn über die Frage des Fürstenenteignungsgesetzes abgestimmt wurde, an die Säkularisation katholischen Kirchengutes und an den sogenannten Kulturkampf erinnerten und damit ihre ablehnende Haltung zu begründen suchten. Den deutschen Bischöfen sind die erwähnten geschichtlichen Tatsachen zweifellos bekannt; gerade sie kennen auch die großen finanziellen Schwierigkeiten, in welche die katholische Kirche in Deutschland namentlich durch die Säkularisation gekommen ist. Die deutschen Bischöfe kannten auch die oben erwähnten geistigen Strömungen. Alles das hielt sie jedoch nicht ab, geschlossen und einheitlich Lager entgegenzutreten, die auch den skizzierten Gesichtsmomenten heraus für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten Propaganda machten.

*

Die Meisterschaften der deutschen Leichtathleten in Leipzig haben einen überaus befriedigenden Verlauf genommen. Die durchweg scharfen Kämpfe, die tausend Siege sind ein Zeichen dafür, daß die Entwicklung stetig aufwärts führt. Deutschlands Jugend ist für die Leibesübungen gewonnen. Aus der breiten Masse der für Turnen und Sport Begeisterten werden uns naturgemäß viel mehr Könner erwachsen als aus der verhältnismäßig winzigen Schar früherer Jahre. Ohne Ueberheblichkeit kann man schon heute voraussagen, daß wir auf der Amsterdamer Olympiade 1928 unseren Mann stehen werden. Die positive Klagge wird aller Voraussicht nach häufig am Siegermast hochgehen. Auf dem Gebiet der Würfe und Sprünge ist allerdings noch viel-Arbeit notwendig. Aber in den Laufdisziplinen verfügen wir schon jetzt über ein Material, das in internationalen Kämpfen siegen oder nur aufs ehrenvollste unterliegen wird. Neben Dr. Peltzer, dem vierfachen Meister (400 Meter, 400 Meter Hürden, 3000 Meter Steeple, 1500 Meter), war der junge Breslauer Student Könnig der Held des Tages. Ihm gelang es, nach dem Siege über 200 Meter auch den Meistertitel in der zweiten Kurzstrecke über 100 Meter zu gewinnen. Erst nach erbittertstem Kampfe rang er den Dreisbach, Wege und Goaden nieder. Aufs schärfste getrieben lief er die 100 Meter in 10,3 Sekunden in neuer Weltrekordzeit. Aber nun zeigte sich wieder einmal das typische Bild deutscher Ueberlegenheit und jener Selbstkritik, die an sich edelsten Motiven entspringt, von anderen Völkern aber bei ähnlichem Anlaß sicherlich nicht geübt zu werden pflegt. Während nämlich der als Beobachter anwesende amerikanische Olympiatrainer dem Rekordmann rückhaltlose Anerkennung zollte, hatte der überobjektive deutsche Sportwart Bedenken. Geringfügiger Rückenwind erschien ihm als ausschlaggebender Grund, der Rekordleistung die offizielle Anerkennung zu versagen.

Die Nationalversammlung in Versailles

Der Dringlichkeitsantrag der Regierung angenommen

Paris, 10. 8. Heute vormittag 9 Uhr 30 Min. wurde von Senatspräsidenten de Selves die Nationalversammlung in Versailles eröffnet, die zur Verabschiedung des verfassungsmäßig festgelegenden Statuts der Amortisierungskasse einberufen worden ist.

Der Präsident der Nationalversammlung, Senatspräsident de Selves, schlägt vor, die Geschäftsordnung der Nationalversammlung von 1871 im ganzen auch für diese Tagung anzunehmen. Die Kommunisten und Sozialisten protestieren. Ernest Lafont, Berthon und Renaudel melden sich zum Wort.

Der Vorschlag des Präsidenten wird jedoch durch Handaufheben von der Nationalversammlung angenommen.

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel erhebt darauf von der Tribüne aus nochmals Einspruch, indem er erklärt, der Text dieser Geschäftsordnung sei den Mitgliedern der Nationalversammlung nicht zugestellt worden. Die Nationalversammlung beharrt jedoch trotz der Proteste der Sozialisten und der Kommunisten ihren ersten Beschluß.

Darauf ergreift der kommunistische Abgeordnete Berlon das Wort, um die Aufhebung des Artikels 39 der Geschäftsordnung zu verlangen, durch den die Regierung das Recht erhält, bei Vorschlägen auf Abänderung der Tagesordnung die Vorfrage zu stellen. Die Kommunisten, so erklärt der Redner, wollen die vollständige Revision der Verfassung. Die Befugnisse des Senats müssen beschränkt und alle großen politischen Probleme der Gesetzgebung geregelt werden.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Artikels 39 wird hierauf in öffentlicher Abstimmung mit 690 gegen 175 Stimmen abgelehnt.

Hierauf schlägt der sozialrepublikanische Abgeordnete Morinaud vor, den genauten Artikel 39 insofern zu ergänzen, als im Falle die Vorfrage gestellt würde, nur je ein Redner, der dafür und ein Redner, der dagegen spricht, mit einviertelstündig begrenzter Redezeit zugelassen werden soll. Morinaud erklärt, er hätte lieber die Geschäftsordnung unverändert gelassen, aber da eine Minderheit daran arbeite, die Nationalversammlung zu behindern, dürfe die Mehrheit keine Obstruktion zulassen. Der Zusatzantrag Morinaud wird darauf mit 515 gegen 347 Stimmen angenommen.

Hierauf ergreift

Ministerpräsident Poincaré

das Wort und verliest die Begründung des aus einem einzigen Artikel bestehenden Gesetzentwurfs, der lautet:

„Das Verfassungsgesetz vom 25. Februar 1875 wird wie folgt ergänzt: Die Autonomie der Kasse zur Verwaltung der Bons der nationalen Verteidigung und Amortisierung der öffentlichen Schuld trägt verfassungsmäßigen Charakter. Im werden bis zur vollständigen Amortisierung der Bons der nationalen Verteidigung und der durch die Kasse verwalteten Wertpapiere gutgeschrieben: 1. Die Einnahmen aus den Zolltarifen, 2. der Ertrag der einmaligen Steuer bei Eigentumswechsel, die Erbschaftsteuer und die freiwilligen Abgaben. 3. Im Falle, daß die aufgezählten Mittel nicht für die Verwaltung der der Kasse überwiesenen Fonds genügen sollten, soll eine entsprechende Annuität in das Budget aufgenommen werden."

Während Poincaré diesen Entwurf verliest, unterbrechen ihn die Kommunisten verschiedentlich. Die Regierung beantragt hierauf die

Dringlichkeitserklärung der Beratung

dieses Entwurfs, die von der Nationalversammlung durch Handaufheben beschlossen wurde. Der Gesetzentwurf wird darauf an den Ausschuß überwiesen.

Zur Verminderung der Besatzungstruppen

Deutsches Memorandum in den Hauptstädten der Alliierten

a. **Paris**, 10. 8. (Eigenbericht)

Die Frage der Verminderung der rheinischen Besatzungstruppen wird heute von der Presse in ziemlich gleichlautenden Ausführungen behandelt. Bekanntlich hat Herr v. Hoesch, der deutsche Botschafter in Paris, vor kurzem Herrn Briand ein Memorandum überreicht, in dem

die Wünsche Deutschlands

hinsichtlich der Verminderung der alliierten Effektivstände im Rheinland entwickelt werden. Diese Verminderung, die nach der Auffassung des Herrn Stresemann mit der Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund zusammenfallen sollte, würde die Gesamttruppenzahl der Alliierten auf 50 000 Mann herabsetzen, wogegen diese heute noch 85 000 Mann beträgt, darunter 70 000 Franzosen. Das Memorandum verlangt weiterhin, daß eine Umgruppierung der alliierten Garnisonen vorgenommen werde. Man wünscht dementsprechend, daß nach Möglichkeit nur die größeren Garnisonen, dem Wunsche der deutschen Regierung entgegenkommen, schon unter der Truppen weniger Schwierigkeiten bereiten würde. Deutschland habe seine Wünsche gleichzeitig in Brüssel, Rom, London und Washington übermitteln lassen, sowie der alliierten Besatzungskommission in Koblenz mitgeteilt. Herr Briand verständigte Herrn v. Hoesch, er wäre geneigt, dem Wunsche der deutschen Regierung entgegenzukommen, jedoch unter der Voraussetzung, daß Stresemann sich verpflichte, die

Einstellung der gegnerischen Propaganda

gewisser deutscher vaterländischer Verbände im Rheinlande zu bewirken. Auch bemühe man sich auf französischer Seite, die Amnestie für alle jene Deutschen zu erreichen, die sich feinerzeit der französischen Politik günstig geneigt zeigten.

*

Der Minister des Aeußern, Briand, hatte gestern eine Unterredung mit dem spanischen Botschafter in Paris, Quinones de Leon. Die Unterredung bezog sich auf die marokkanischen Angelegenheiten und die spanischerseits den Arbeiten des Völkerbundes.

Allgemeine französische Zollerhöhung um 30 pCt.

ru. **Saarbrücken**, 10. 8. (Eigenbericht)

Nach einer Mitteilung der französischen Zollbehörde ist auf Grund der neuen französischen Finanzgesetze eine allgemeine Zollerhöhung um 30 % in Kraft getreten. Diese Maßnahme, die ohne vorherige Ankündigung in Kraft gesetzt wurde, bedeutet eine weitere empfindliche Belastung der deutschen Einfuhr ins Saargebiet und somit eine erhebliche Verteuerung der deutschen Waren.

Gewitterwolken am Völkerbundshimmel

Frankreichs Abrüstungssabotage als Kennzeichen der Lage

sch. **Genf**, 10. 8. (Eigenbericht)

Auf Grund von Besprechungen mit verschiedenen, darunter auch außerhalb des Völkerbunds stehenden Persönlichkeiten kann folgendes zusammenfassend berichtet werden:

Die Aussichten für die Septembertagung sind in den ersten zehn Tagen des Wiederzusammentretens der politischen Kommissionen ungünstiger geworden. Die bei den zahlreichen Abstimmungen in der militärischen Unterkommission sichtbar gewordenen konstanten Mehrheiten und Stimmenthaltungen müssen

den deutschen Beobachter stutzig machen.

Die Militärs stimmen wie die Politiker es ihnen befehlen und Frankreichs Streben, seinen Militarismus durch die Klippen der Abrüstungskommission unversehrt angriffsfähig hindurchzubringen, läßt Zweifel an Frankreichs Verhalten in der Besetzungsfrage zu.

Die stets aufgestellte Lüge von der deutschen Nichtentwaffnung samt der daraus gefolgerten Notwendigkeit der starken Armee bilden zusammen den Boxwand für die französische Rüstungssabotage. Chamberlain steht persönlich auf der Seite der französischen Militaristen, wenn er auch der Politik seiner Regierung schließlich Rechnung tragen muß.

*

Der Völkerbundshimmel ist stark bewölkt. Man ist nun bestrebt, Deutschland nach der Abstimmung in der Völkerbundsversammlung nach Genf kommen zu lassen und kann sich auf diese Weise den vorherigen Verhandlungen über die Besetzungsfrage entziehen. Daß nach dem deutschen Eintritt in den Völkerbund und nach dem gesicherten Ins-Leben-Treten der Locarno-Verträge die Besetzungsfrage sicher keine und in der Investitionsfrage kaum eine für Deutschland brauchbare Lösung sich finden wird, geht aus verschiedenen Anzeichen und Andeutungen unzweifelhaft hervor.

In der Studienkommission für die Ratsreform dürfte Deutschland allerdings vertreten sein. Man spricht hier viel mehr von Herrn v. Schubert als von Herrn v. Hoesch. Es mag sein, daß sich viele in Deutschland damit beruhigen, Polen sitze nicht im Rat und könne seinen Ambitionen keinen breiten Nachdruck verleihen. Spanien sitzt aber im Rat. Seine Forderungen sind unzweideutig und

die Cecilsche Kompromißlösung vom Mai

genügt ihm nicht. Aus neutralen Kreisen hört man freilich die Ansicht, Spanien habe nicht das Recht, sich als den berufenen Vertreter der Neutralen zu sehen, weil es seit Marokko mit Frankreich durch dick und dünn gehe. Der Fall erinnert einigermaßen an Brasilien, das sich als Vertreter Südamerikas ansah, bis es von den Südamerikanern unzweideutig desavouiert wurde.

Die Lage ist also nicht viel anders als im März. Statt Brasilien tritt Spanien gegen das schwedische Veto auf. Allerdings ist anzunehmen, daß die jetzige schwedische Regierung etwas länger standhalten wird als im März, auch wenn abermals Herr Undén als schwedischer Vertreter in Genf erscheinen sollte.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Die Erhaltung des status quo auf dem Balkan

Die Gefahr eines italienisch-französischen Gegensatzes

a. **Paris**, 10. 8. (Eigenbericht)

Aus Bukarest wird in Uebereinstimmung mit hiesigen Nachrichten gemeldet: Es ist richtig, daß Frankreich und Rumänien ein „Freundschafts- und Neutralitätsabkommen" unterzeichnet haben (wie wir bereits meldeten — Schriftl.), das demnächst zur Veröffentlichung gelangen soll. Dabei wird daran erinnert, daß dieses neue Abkommen schon seit Monaten ausgearbeitet und paraphiert wurde. Die beteiligten Regierungen hatten nur noch auf den günstigen Augenblick, es zu ratifizieren, gewartet. Der Vertrag wäre von denselben Gesichtspunkten getragen wie die gleichartigen Abkommen mit Polen und der Tschechoslowakei. Es würde sich zunächst um

ein Abkommen defensiven und friedlichen Charakters

handeln, dazu bestimmt, den status quo auf dem Balkan aufrecht zu erhalten. Damit wären die schon seit Jahren gepflogenen rumänisch-französischen Verhandlungen glücklich zum Abschluß gekommen, was bisher wiederholt durch die innerpolitischen Wendungen in Frankreich verzögert worden sei. Wenn man bedenkt, daß Briand demnächst ein Abkommen mit Polen unterzeichnen werde, das bereits paraphiert sei nun nur auf den Austausch der gegenseitigen Unterschriften warte, so habe man wohl den Eindruck, daß Frankreich alle seine Ziele erreicht habe und sein Prestige auf dem Balkan nie stärker gewesen wäre als jetzt.

Das „Journal" meint, wenn die Verhandlungen mit Jugoslawien nicht schon bei der letzten Anwesenheit des jugoslawischen Außenministers in Paris zum formellen Abschluß geführt hätten, so wäre dies einzig und allein deswegen geschehen, weil man die französische Politik nicht zu sehr einengen wollte, wie sie hätte binden wollen. Die italienische Fassung habe deutlicher den Charakter eines Defensivbündnisses als die französische Abmachung. Die neue französisch-rumänische Abmachung falle sich streng

im Rahmen der Völkerbundsbestimmungen

und stelle einen freundschaftlichen Vertrag dar, verbunden mit einem Pakt des Nichtangriffes und einem Abkommen des schiedsgerichtlichen Verfahrens, das sich auf alle zwischen den beiden Ländern aufzurollenden Meinungsverschiedenheiten beziehen solle. Es könne nicht im eigentlichen Sinne des Wortes von einer Allianz gesprochen werden, doch sei dieselbe durch den Völkerbundspakt gegeben. Bei dem Verhältnis Frankreichs zu Rumänien dürfe man nicht vergessen, daß die französische Regierung schon längst in aller Form die Belegung Bessarabiens durch Rumänien anerkannt habe, nicht aber Italien, das seine Beziehungen zu Bukarest und Moskau zu verbinden bestrebt sei. Dies wäre ein Hauptmoment in der europäischen Politik, das noch bereinigt werden müßte. Frankreich hätte alles Interesse daran, daß die italienische Politik im europäischen Osten nicht mit der französischen zusammenstieße.

Von dem italienisch-spanischen Abkommen fehlt es noch an jeglichen Kommentaren.

Mazedonische Frage und bulgarische Anleihe

ae. **Belgrad**, 10. 8. (Eigenbericht)

„Wir wünschen kein Abenteuer!" Außenminister Ninčitsch wollte durch diese den Journalisten gegebene Erklärung die Stellungnahme Südslawiens den Bulgarien gegenüber kennzeichnen. Von sehr systematischer Schärfe waren die ganze letzte Zeit über die Auslassungen der serbischen Presse. Eine Reihe falscher Alarmmeldungen schwirrte zwischen Belgrad, Bukarest, Athen und Sofia und über den Balkan hinaus. So wurde die von benunruhigenden Erscheinungen begleitete mazedonische Frage in den politischen Vordergrund des Balkans geschoben. Nachdem die Gebuld Belgrads, ebenso wie Bukarests und Athens, erschöpft sei, müsse, so hieß es, die endgültige Klärung der „mazedonischen Machenschaften" durchgesetzt werden, in die die beteiligte Regierung von Sofia die revolutionären Umtriebe der Mazedonier endlich zum Stillstand bringen müsse.

Von hiesiger bulgarischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die bulgarische Regierung dem an sie gerichteten Verlangen, den mazedonischen Uebergriffen Einhalt zu tun, bereits entgegengekommen wolle. Insbesondere wünsche auch Bulgarien eine

durchgreifende Untersuchung,

die allerdings nicht einseitig auf bulgarischem Gebiet zu erfolgen habe. Die bulgarische Regierung müsse sich auch dieses Mal auf das entschiedenste gegen die scharfen Angriffe wenden, die leitungen an den mazedonischen Ueberfällen verbrechen. Es wäre nicht logisch, eine solche Teilnahme der bulgarischen Regierung zu unterstellen. Die bulgarische Regierung habe bisher von der Flüchtlingsanleihe nichts erhalten. Die könnte sie sich da vorher durch irgendwelche Gewaltmaßnahmen selbst kompromittieren? Aber andere Mächte gäbe es auf dem Balkan, die ein Interesse daran hätten, Bulgarien als den Brandherd des Balkan hinzustellen, weil sie eine Kassierung des bulgarischen Staates nicht wünschten. So habe seit der Belgrader Konferenz die Aktion der Balkanstaaten eingesetzt, um die Uebergabe der Genfer Anleihe an Bulgarien zu stören.

Um die beiden jetzt miteinander verbundenen Fragen der bulgarischen Anleihe und der mazedonischen Unruhen geht gegenwärtig ein politisches Getriebe, in dem

England und Italien

ihre Hände halten, wie die Entwicklung der Ereignisse weiter erweisen wird. Die gegenwärtige Belgrader Regierung, die „kein Abenteuer" will, wie auch von bulgarischer Seite hingewiesen wird, steht sich innerhalb einer durch die Preßkampagne gegen Bulgarien erzeugten öffentlichen Meinung gegenüber. Es bleibt festzustellen, daß die bei dem Besuch des bulgarischen Außenministers Burroff in Belgrad eingeleiteten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten durch die Zustände wie sie auf den Balkan eben bestehen, empfindlich gestört worden sind.

Jerusalem, 10. 8. (Sonderdienst der DAZ.) Die Regierung hat zum Ausbau des Hafens von Jaffa 115 000 Pfund bewilligt. Die Arbeiten werden sofort beginnen.

Graf Apponyi für die Rechte der Wähler

Gegen die Verlängerung der ungarischen Nationalversammlung

kbg. **Wien**, 10. 8. (Eigenbericht)

Wie der „Pester Lloyd" meldet, äußerte sich Graf Apponyi über einige aktuelle Fragen. Er nahm gegen den Plan zur Verlängerung der Mandatsdauer der Nationalversammlung energisch Stellung. Er könne sich die Begründung einer solchen Maßnahme nicht vorstellen. Das Recht, neue Abgeordnete mit der parlamentarischen Vertretung zu betrauen, falle nach Ablauf der Mandatsdauer einzig und allein den Wählern zu. Es wäre eine schwere Verletzung der Rechte der Bürger, wenn die Nationalversammlung durch einen Beschluß die Leben um fünf Jahre verlängern wollte. Ein solcher Plan müsse mit aller Kraft bekämpft werden.

Ueber das Verhältnis zu Frankreich meinte Graf Apponyi, die Frankenfälscheraffäre habe auf die amtlichen Beziehungen zwischen Ungarn und Frankreich eingewirkt. Er betrachte die Beziehungen zu Frankreich als keineswegs freundschaftlich. Gewisse Unannehmlichkeiten, die Frankreich unter dem Einfluß der Tschechoslowakei Ungarn in Genf bereiten wollte, waren mit Unterstützung Englands im Keime erstickt worden. Die Wiederherstellung guter Beziehungen zu Frankreich sei unerläßlich. Die Stellung Bethlens sei noch immer überaus stark, nach außen müsse sie jedoch als schwach bezeichnet werden.

Die Berufungsverhandlungen in der Frankenfälscheraffäre wird am 16. d. Mts. in Budapest stattfinden.

Moskau dementiert

sx. **London**, 10. 8. (Eigenbericht)

Die hiesige russische Botschaft dementiert die Gerüchte über eine angebliche neue Revolution in Sowjetrußland.

Die Meldungen über das, was in Rußland zurzeit vorgeht, sind widersprechend. Der „Daily Telegraph" erfährt aus Kopenhagen, daß die Sowjetregierung alle Grenzen abgesperrt habe, um zu vermeiden, daß irgendwelche Nachrichten ins Ausland dringen.

Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" hierzu bemerkt, ist man in britischen Kreisen zumeist noch der Ansicht, daß es sich mehr um lokale Unruhen handele, wie sie häufiger in Sowjetrußland vorkommen. An eine radikale Revolution gegenüber der gemäßigten augenblicklichen Moskauer Regierung glaube man um so weniger, als die Verhältnisse in Petersburg anders lägen als in der Ukraine oder Sibirien. Wenn es sich in Petersburg auf die Fabrikarbeiter stütze, bestehe die Unzufriedenheit in der Ukraine gerade unter den Bauern. Simojonsen selbst soll sich nach Moskau begeben haben, um die Gerüchte zu zerstreuen, die sich verbreitet haben, und sein Haus soll von einer Stacheldrahtbarriere umgeben sein.

Rumänische Meldungen über Rußland

x. **Bukarest**, 10. 8. (Eigenbericht)

Aus Rezina und Cetatea Alba in Kischineff eingetroffene Personen erzählen, daß vom russischen Dnjestrufer her Bauernbanden sich in die Ukraine liegen folgende Nachrichten vor: „Die revolutionäre Bewegung breitete sich mit besonderer Schnelligkeit in den Kreisen Zinowitz, Winiza, Proskurowsk aus. Auf den Dörfern morden und plündern die Bauern."

Um die Hohenzollernfarmen in Südwest

Südafrikanische Zeitungen berichten, daß eine angeblich im Namen des früheren Kaisers angestrengte Klage auf Zurückerstattung der ihm gehörigen und unter Verwaltung des Verwalter Dittus beschlagnahmten Güter in Südwestafrika erfolglos verlaufen sei. Der Richter habe erklärt, es sehe sich außerstande, auf Grund der Klage in der Form, wie sie eingereicht sei, einen rechtlichen Bescheid zu erlassen.

Wie wir hierzu von Berliner zuständiger Stelle erfahren, dürfte die Meldung in dieser Form kaum den Tatsachen entsprechen. Wenn auch ein endgültiger Bescheid noch nicht eingekommen ist, so läßt sich doch auf Grund der Vorgeschichte der Angelegenheit folgendes sagen: Es handelt sich um die beiden Farmen Didoon und Kubis, die nicht persönliches Eigentum des Kaisers, sondern auf das Hausfideikommiß eingetragen waren. Die Beschlagnahme ist seinerzeit unter Berufung auf den Friedensvertrag aufrechterhalten worden. Das Versailler Diktat belegt jedoch, daß nur das persönliche Eigentum des Kaisers der Entente verfällt, nicht das Familienfideikommiß. Auf Grund dieses Sachverhalts hatten dann zunächst Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung stattgefunden, deren Verlauf es rattsam erscheinen ließ, einen formellen Beschluß des Gerichts auf Grund des Grundbuchamt, keine gerichtliche Klage, zu veranlassen. Dieser Antrag wurde gestellt, und auf ihn beziehe sich anscheinend die erwähnte Pressemeldung. Voraussichtlich hat sie im übrigen richtig ist, dürfte ein nur in der Form, nicht auch in der Sache ungünstiger Bescheid ergangen sein.

Zum Untergang H 29

sx. **London**, 10. 8. (Eigenbericht)

Der Untergang des englischen Unterseeboots H 29 ist noch völlig unaufgeklärt. Das Boot lag in Plymouth auf der Werft und hatte gerade im Hafen eine kurze Probefahrt gemacht. Als das Boot wieder an der Pier festmachte, wurde es aus einem noch nicht aufgeklärten Grunde das Gleichgewicht und begann zu kentern. An Bord befanden sich außer den Offizieren nur Werftmannschaften. Ein Offizier konnte noch rechtzeitig die Werftarbeiter warnen, von denen ein Teil ins Wasser sprang. Das Boot war jedoch in wenigen Sekunden gesunken, und ein Marinemechaniker und vier Werftarbeiter waren nicht mehr imstande, das Boot zu verlassen. Die Admiralität hat die Hoffnung aufgegeben, daß diese fünf noch am Leben sind.

Die Schwierigkeiten eines Balkan-Locarnos

Von unserem Berichterstatter

nr. **Belgrad**, im August

Es war der griechische Außenminister Rendis, der, als Griechenland nach dem verlorenen türkischen Kriege und von Jugoslawien in der Saloniker Frage ein wenig bedrängt war, das Schlagwort vom Garantiepakt der Balkanstaaten in die Welt warf. Es konnte nicht anders denn als Schlagwort angesehen werden. Denn weder war das so schwache Griechenland berufen, den Balkanpakt in die Wege zu leiten, noch war der Augenblick dafür günstig. Man äußerte also einige anerkennende Worte über den schönen Gedanken und ließ es dabei bewenden.

Heute spricht man wieder viel von einem Balkan-Locarno. Es ist unsinnig, auf den Balkan westeuropäische politische Begriffe anzuwenden. Seit Jahrhunderten hatten die Türken die nationalen Ideenkreise der mittelalterlichen Balkanstaaten in einer osmanischimperialistischen Mühle gemahlen. Als dann Rußland und England die modernen Balkanstaaten schufen, taten sie es nicht gerade nach den Grundsätzen des Nationalismus — das war damals auch gar nicht möglich, weil die nationalen Grenzen, übrigens bis zum heutigen Tag, nirgends scharf geschnitten waren —, sondern nach ihren eigenen Interessen. Aber der Berliner Kongreß noch der Balkankrieg und schließlich der Weltkrieg haben dem Balkan keine endgültige politische Form geben können.

Nach dem Weltkrieg haben zwei Momente die Balkanpolitik der siegreichen Großmacht westentlich beeinflußt: man trachtete nach Möglichkeit, irgendein Gleichgewicht zu erhalten, und England und Frankreich und Italien fanden sich in dem Interesse zusammen, daß die Bildung eines übermächtigen slawischen Staates zu verhindern sei. Jugoslawien, d. h. zumindest Serbien, hatte an Seiten der Entente gekämpft, und die Bildung des neuen, vergrößerten Staates konnte schwer verhindert werden. Um das Gleichgewicht nicht allzusehr zu stören, überließ man aber eine halbe Million Südslawen den Italienern. Im Süden ließ man die Saloniker Frage offen, Bulgarien entzog man den Balkan zum Aegäischen Meer, Rumänien blieb mit Bessarabien belohnt. Eine Lösung von Fragen, deren Vereinigung dringend notwendig ist, und vor deren Lösung ein „Balkan-Locarno" gar keinen Sinn haben kann.

Jugoslawien ist heute zweifellos der stärkste Staat auf dem Balkan. Trotz heftiger innenpolitischer Kämpfe ist es doch ein national fest zusammengefügter Staat, mit einer verzweifelten Armee und guten Artillerie. Alle übrigen Staaten auf dem Balkan halten keinen Vergleich mit Jugoslawien aus. Es ist daher selbstverständlich, daß in der Balkanpolitik Jugoslawien und Serbien in die Wagschale fällt. Zweifellos könnte die nächste politische Entwicklung des Balkans leicht vorgezeichnet werden, wenn es nicht noch andere Einflüsse auf sie gäbe: Jugoslawien würde sich in absehbarer Zeit mit dem sammelverwandten Bulgarien vereinigen und durch seine große Uebermacht den Frieden auf dem Balkan zu jeder Zeit erhalten können.

Jugoslawiens Balkanpolitik hängt aber nicht von seinen Staatsmännern allein ab. England, Frankreich, Rußland und Italien haben ihr Balkanprogramm, das bei den ersten drei Mächten in dem Bestreben besteht, sich die Gefolgschaft der Balkanstaaten in ihrer Weltpolitik zu sichern, bei Italien aber nichts anderes als die allmähliche wirtschaftliche und politische Eroberung des Balkans bedeutet. Das englische Interesse auf dem Balkan scheint auch jetzt nicht weiter zu gehen, als Rußlands Einfluß zu behindern. Und Frankreich sieht mit Besorgnis Italien auf dem Balkan immer festeren Fuß fassen und kann dagegen kaum etwas machen, weil es von Italien immer wieder an die Wand gedrückt wird und dann doch wieder ein Entgegenkommen auf der Balkan Konzessionen macht.

Die jugoslawische Regierung hat sich, in Anbetracht dieser durch die Umtriebe der Großmächte umstehenden Lage, für die Erhaltung des status quo auf dem Balkan ausgesprochen. Sie strebt keine territoriale Erweiterung an, nicht einmal in der Richtung Saloniki, und gibt sich mit einer ausreichenden Sicherheit für Leben und Besitz der Albaner zufrieden. Das ist so ziemlich alles. Also eine vorläufig rein konservative Politik.

In Italien ist man aber mit dieser Politik Jugoslawiens nicht ganz zufrieden. Jugoslawien stellt sich in Italien so viel erreicht, als in der gegebenen Lage nur irgendwie zu erreichen war. Es hat Zara behalten und sich dazu noch Fiume erworben, es hat mit Jugoslawien einen überaus günstigen Handelsvertrag abgeschlossen, es hat seiner Schiffahrt auf der Adria für lange Jahre hinaus durch besondere Verträge die Vorherrschaft gesichert, auch in Albanien wurde ihm ein weites Betätigungsfeld gelassen. Aber man scheint in Italien einen Schritt weitergehen zu wollen. Es besteht seit einem Jahr ein Freundschaftspakt zwischen Italien und Jugoslawien. Nun hat Mussolini schon vor Monaten eine Erweiterung dieses Bündnisses beantragt. Dr. Ninčitsch und Nasi aus Rom gefahren, um das auch gleich nach Paris, und allgemein sprach man von einem neuen jugoslawisch-italienischen und jugoslawisch-französischen Vertrag. Der jugoslawische Außenminister befand sich in seiner bekanntesten Lage. In Rom verlangte man stürmisch einen neuen Vertrag, in Paris riet man von ihm ab und wollte selbst ein Bündnis schließen, was wieder Italien nicht zulassen wollte. Ninčitsch gelang es im März noch, in Rom einen Aufschub zu erreichen und in Paris einen Vertragsentwurf zu paraphieren.

Italien hält den Augenblick für gekommen, um die albanische Frage endgültig zu lösen. Der Plan einer Aufteilung Albaniens wird in Rom schon lange erwogen. Wohl hat sich Italien den entscheidenden Einfluß in Albanien gesichert, aber das kostet furchtbar viel Geld, und Achmet Bey kann morgen gestürzt werden. Man hält es daher in Rom für vorteilhafter, Albanien zwischen Italien,